

Aktuelle Minister sollten für Fehler haften

Armutszeugnis fürs Land

Die LINKE-Abgeordnete Ina Leukefeld verweist darauf, dass das Geldvermögen der Deutschen im vergangenen Jahr um 239 Milliarden Euro gestiegen sei und insgesamt 4,67 Billionen Euro erreicht habe. „Allerdings öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich zusehends“, moniert sie. Besondere Risiken für Armut und soziale Ausgrenzung seien Arbeitslosigkeit, Kinderreichtum oder Krankheit. Armut, und damit oft auch soziale Isolation, könne also fast jeden treffen – zumindest zeitweise.

Allein eine gerechte Verteilung des Reichtums durch armutsfeste Existenzsicherung und gerechte Entlohnung von Arbeit würde Notunterstützung für arme Menschen, wie Lebensmittel-Tafeln, überflüssig machen. ■

Soziales Mietrecht

Zum SPD-Antrag im Bundestag, bezahlbare Mieten auch nach Modernisierungsmaßnahmen zu gewährleisten, erklärte MdL Heidrun Sedlacik: „Es ist zu begrüßen, wenn nun auch die SPD erkennt, dass das Mietrecht nicht weiter zu Lasten der Mieter verschärft werden darf. DIE LINKE will eine gerechte und sozial ausgewogene Verteilung der Kosten der energetischen Sanierung.“ Dafür hatte sie im Bundestag im Jahr 2011 einen Antrag „Mietrecht sozial gerecht weiterentwickeln“ eingebracht. Aus Sicht der LINKEN darf die Höhe der Wohnkosten für angemessenen Wohnraum höchstens 30 Prozent des Nettoeinkommens eines durchschnittlichen Mieterhaushaltes betragen. ■

Mehr Transparenz

Zur Ankündigung der Ministerpräsidentin Lieberknecht, für die Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen über das Internet offen zu sein, erklärt Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Fraktion: „Es wird höchste Zeit, dass die Landesregierung das Internet auch als Chance für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Politik begreift. Wir unterstützen dies ausdrücklich.“

Katharina König weist darauf hin, dass Partizipation über das Internet auch Teilhabe an dieser Technik voraussetzt. Eine rasche flächendeckende Versorgung mit Breitbandinternetzugängen in ganz Thüringen sei dafür Voraussetzung und müsse von der Landesregierung mit größerer Anstrengung verfolgt werden. „Die derzeitige Versorgung gerade der ländlichen Gegenden ist alles andere als zufriedenstellend“, moniert die Abgeordnete der Linksfraktion. ■

Gesetzesinitiative: Linksfraktion will Ministeranklage in Thüringen möglich machen

„Nach vielen Skandalen, Affären und Versäumnissen von Ministern in Thüringen ist eine solche Regelung wie die Ministeranklage sehr angebracht“, betonte Knut Korschewsky, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE. Zur Einfüh-

steranklage“ erheben kann, um festzustellen, dass ein Minister in Ausübung seines Amtes vorsätzlich, in manchen Ländern reicht auch fahrlässiges Handeln aus, gegen Gesetze verstoßen hat. Thüringen kennt bisher keine Re-

sicht der LINKE-Fraktion no-

Zur Einführung der Ministeranklage ist eine Verfassungsänderung notwendig, da ohne verfassungsmäßig eine solcher Eingriff in die Amtsausübung und in das Persönlichkeitsrecht der Funktionsträger im Thüringer Landtag nicht legitimiert ist. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die aus einer erfolgreichen Ministeranklage möglichen Konsequenzen: die Abberufung des Amtes. Möglicherweise auch die Kürzung oder ständige Entzug der Bezüge. Dies ist nicht immer „das Rad neu erfinden“. Daher stützten sich die Gesetzesgeber auf schon geltende Vorschriften. In einem anderen Bundesland, nämlich Baden-Württemberg, ist die Ministeranklage seit 1995 im Ver-



Mit einer Pressekonferenz hat Knut Korschewsky, Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender der LINKEN in Thüringen, den Gesetzesvorschlag zur Einführung der Sanktionsmöglichkeit der Ministeranklage vorgestellt. Foto: Wogawa

regung der Ministeranklage sei eine Verfassungsänderung nötig. Der Entwurf der Linksfraktion sieht vor, dass grobe Fahrlässigkeit sowie die Verletzung von Verfassungsnormen und anderen Gesetzen als Eingriffskriterien gelten.

gelungen zur Ministeranklage. Auch in anderen Staaten gibt es die Ministeranklage, z.B. Österreich oder den USA.

Verfassungsänderung notwendig

Nach vielen Skandalen, Affären und Versäumnissen von Ministern in Thüringen (Stichworte: Pilz-Verfahren, CD-Affäre im Innenministerium, Verfassungsschutzskandale, Lobbyproblemen, z.B. Congress Centrum Suhl, Dom-Hotel, wären Regelungen über ein stärkeres Maß an Verantwortlichkeit und Sanktionen der Ministerinnen und Minister für ihre Amtsführung nach An-

Als Quorum für die Ministeranklage wurde ein Drittel der Landesparlamentarier festgeschrieben, so dass der Fall eintreten kann, dass eine Zweidrittelmehrheit die Antragsteller ablehnen kann. Im Gegenzug ist ein Beschluss zur Anklageerhebung mit einer Zweidrittelmehrheit notwendig. Ein so weitreichendes Verfassungsrecht, eine Person vor dem Verfassungsgericht zu verklagen, ist in Deutschland bisher noch nicht erreicht worden. Das Verfassungsgericht hat ein „ausreichendes Schutzniveau“ zu bekommen.

Ausschussberatung abgelehnt

Die Ministeranklage „hat eine wichtige Korrekturfunktion in der deutschen Demokratie“, unterstrich Knut Korschewsky zur ersten Lesung im Ausschuss. Am Ende der Debatte wurde die Beratung im Ausschuss durch die CDU und SPD abgelehnt. Sandra Steck/Diana Glöckner

Neue Bundesländer bisher ohne gesetzliche Regelung

In den alten Bundesländern, z.B. Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, gibt es in den Verfassungen Bestimmungen darüber, dass der Landtag mit einem Antrag beim jeweiligen Verfassungsgericht des Landes eine „Mini-

Bürgerinitiativen und Abgeordnete gemeinsam gegen Fracking

Zusammen mit mehreren Bürgerinitiativen hatte die Fraktion DIE LINKE zu einer Pressekonferenz zu den Gefahren der Erdgasförderung durch „Fracking“ eingeladen. An dem Gespräch nahmen neben Vertretern der Bürgerinitiativen auch die Landtagsabgeordneten Tilo Kummer (DIE LINKE), Frank Weber (SPD) und Frank Augsten (Grüne) teil.

Tilo Kummer von der Linksfraktion warnte vor den unkalkulierbaren Folgen der Hochrisikotechnologie, u.a. durch eine durch Fracking verursachte massiv höhere Erdbebenaktivität. Dadurch könnten nicht nur enorme Schäden entstehen, sondern der Chemiecocktail auch den Weg nach oben finden.

Winfried Böttcher von der Bürgerinitiative aus dem Unstrut-Hainich-Kreis gab zu bedenken, dass langfristig eine Kontamination des Trinkwassers nicht ausgeschlossen werden könne. Es herrschte Konsens, dass der im Landtag vorliegende Antrag der Regierungskoalition zu kurz greift und dass das „Fracking“ in Thüringen nicht zur An-



wendung kommen darf. „Es wäre der helle Wahnsinn, dieses Verfahren zuzulassen. Wir fordern vom Parlament ein konsequentes Vorgehen gegen Fracking und von der Landesregierung, eindeutige gesetzliche Regelungen auch auf der Bundesebene zu initiieren, die solche Erdgasförderung künftig unmöglich machen“, unterstrich auch Hartwig Oswald von der Bürgerinitiative Fahner Höhe.

Schließlich gebe es bisher keine rechtliche Möglichkeit, Erdgas-Erkundungen in Thüringen zu unterbinden.

Vor allem das antiquierte Verbot müsse daher geändert werden. Zusammen mit den Bürgerinitiativen werde gegenwärtig ein Bürgerantrag auf den Weg gebracht, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen. Die Linksfraktion wird Kommunalpolitikern vor Ort, in den Kreistagen und in den kreisfreien Städten dazu ermutigen, sich gegen das Fracking auszusprechen. Diana Glöckner